

Das revolutionäre Elend.

ap. Trübe sind die wirtschaftlichen Ausfichten des eben angegangenen Jahres. Der Konjunkturrückgang, der 1913 einsetzte, wird noch schärfer werden und die Arbeitslosigkeit wird sich noch mehr verschlimmern.

Das Elend wirkt allerdings nicht stets unmittelbar revolutionär. Es wirkt in doppelter Weise: einerseits wachsen Empörung und Mut über das unverduldete Leiden, die sich gegen die Gesellschaft richten und zur Aktion treiben; andererseits wird gerade durch die Not der Mut und die Kraft gebrochen.

Erst wenn sich herausstellt, daß alles Fragen und Bitten vergeblich ist, wächst der Zorn aus der Verzweiflung, die Kampfesfähigkeit aus dem Elend empor. Wenn die Regierungen alle Forderungen, helfend einzugreifen, zurückweisen, dann kommt der Gedanke an Selbsthilfe.

Aber das gilt nicht für alles Elend. Daß die Not zur Aktion, zu Taten treibt, macht sie noch nicht zu einer revolutionären Macht. Die Aktion wirkt nur dadurch, daß sie zum Eingreifen, zu bestimmten Maßnahmen zwingt und so den Bestand der Gesellschaft umändert.

Immer und immer wieder tauchen zur Abhilfe der proletarischen Not Projekte der Landanhebung auf. Das ist leicht verständlich. Die ersten Proletariatsmassen stammten vom Lande, als von der Scholle vertriebene Bauern oder dem Druck stehende Landarbeiter: was liegt da näher, als diesen hungrigen, revoltierenden Scharen einfach dadurch zu helfen, daß man die Ursache ihres Elends aufhebt und rückgängig macht?

Ob das Elend durch die Aktion der notleidenden Massen revolutionär wirkt, hängt also von der Natur der Maßnahmen

ab, zu denen es führt. Diese sind aber nicht willkürlich zu erfinden; sie hängen von der Entwicklungsstufe der Gesellschaft und der Klassenverhältnisse ab.

Nie war das proletarische Elend so groß, so tief und allgemein, wie in England in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts. Durch Krise und Hunger ausgepeitscht, zogen die Massen mit schwarzen Fahnen herum, auf denen „Brot oder Tod“ zu lesen stand, plünderten Bäckertäden und Guts-häuser und zerstörten die Maschinen und die Ernte; oder sie sammelten sich zu Hunderttausenden in politischen Versamm-lungen und Demonstrationen, das allgemeine Wahlrecht fordernd.

Ganz anderer Natur ist das Elend des modernen Proleta-riats. Die industrielle Arbeiterkraft ist keine untergehende, sondern eine aufsteigende Klasse; ihr Elend ist kein Beweis ihrer Ueberflüssigkeit, sondern eine Kraft zu ihrem Aufstieg.

Diese Tatsache, die Einheit von Reform und Revolution, ist die bekannte Grundlage der proletarischen Praxis. Die gewonnenen Reformen bilden keine Schwächung der Macht des Proletariats, sondern wirken schließlich immer wieder als Kraft des Aufstiegs.

Natürlich liegt darin schon enthalten, daß dann diese Reform unter der Herrschaft der bürgerlichen Klassen nie im vollen Umfange verwirklicht werden kann. Damit reißt sie sich allen proletarischen Forderungen an, die wirtschaftlich und politisch erfüllt werden könnten und auf dem Wege der Entwicklung liegen, aber durch die herrschende Klasse verhindert werden, weil ihre Erfüllung deren Herr-schaft, Macht und Ausbeutung gefährden würde.

Die revolutionäre Kraft, des heutigen proletarischen Elends liegt nicht darin, daß ihm jetzt nicht abzuhefen sei. Umgekehrt. Das Elend der Massen Englands vor einem Jahrhundert konnte nicht revolutionär wirken, weil es hoffnungslos war.

hebung des Elends organisch aus der heutigen Gesellschaft, aber nur vermittels eines mit aller Kraft geführten Klassen-kampfes.

Die neue Monroe-Doktrin und der Imperialismus der Vereinigten Staaten.

Newport, 22. Dezember 1913.

Wie wußten die Demokraten während der sechzehn Jahre, vom März 1897 bis zum gleichen Monat 1913, da die Republikaner die Geschicke der Vereinigten Staaten lenkten, über die Dollar-diplomatie zu wahren? Wie schloßten sie 1912 in der Wahlbewegung das Dienstverhältnis aus, in welchem die Republikaner von Mac Kinley bis Taft zu den imperialistischen Diktatoren der durch die hiesige Wall Street repräsentierten, nach vorteilhafter Kapital-anlage stehenden, nach seinen Dividenden lebenden, amerikanischen Geschäftsleuten? Sie hatten kluglich recht. Und doch haben sie seit dem 4. März d. J., da ihr Präsident Wilson sein Amt antrat und der heuchlerische „Friedensapostel“ Bryan die Auslands-politik der Vereinigten Staaten verbricht, eine Weltpolitik einge-leitet, an deren hinverbrannter Tollheit gemessen die in die Prä-sidentschaft McKinleys fallende Kriegserklärung an Spanien, die von dem Kraftmichel Roosevelt in Szene gesetzte „Abfälligkeitung des columbianischen Jochs“ durch die nachmalige Republik Panama und die Errichtung eines Finanzprotektorats über Honduras (während der Regierung des Präsidenten Taft) ein harmloses Aderpiel waren.

Woodrow Wilson, der derzeitige Präsident, brachte es fertig, durch seine Deutung der Monroe-Doktrin den Keim zu schweren Kon-flikten mit europäischen Mächten zu schaffen und zugleich ganz Zen-tral- und Südamerika zu Protektion zu veranlassen.

Die Monroe-Doktrin, in einer am 2. Dezember 1823 von dem Präsidenten Monroe an den Kongreß (Parlament der Vereinigten Staaten) gerichteten Botschaft proklamiert, richtete sich gegen die Absicht Spaniens, sich die südamerikanischen Republiken, vormalige spanische Kolonien, mit Hilfe der „heiligen Allianz“ wieder zu unterwerfen. Jeder eventuelle Ver-such einer europäischen Macht, die jungen Republiken ihrer Selb-ständigkeit zu berauben oder in Amerika Kolonien zu erwerben, wurde von Monroe im voraus als „unfreundlicher Akt gegen die Vereinigten Staaten“ bezeichnet. In seiner bekannten Depesche vom 20. Juli 1895, welche auf den venezolanischen Grenzstreit Bezug nimmt, sagt Olney, Staatssekretär (Minister des Aeußeren) unter dem demokratischen Präsidenten Cleveland, ausdrücklich: „Die Mon-roe-Doktrin erklärt keineswegs ein Protektorat der Vereinigten Staaten über andre amerikanische Länder.“ Noch im Jahre 1902 gab der Präsident Roosevelt die Erklärung, ab die Monroe-Doktrin sei lediglich der Ausdruck der Ueberzeugung der Vereinigten Staa-ten, daß die auf dem amerikanischen Kontinent existierenden Staaten ein Recht auf Selbständigkeit haben.

Und nun läßt die jetzige demokratische Regierung erklären, sie könne und werde es nicht dulden, daß andre Mächte oder deren Staatsangehörige in Mexiko den zentral- oder südamerikanischen Republiken Konzessionen erwerben, welche eine dieser Republiken in ein wirtschaftliches Abhängigkeitsverhältnis bringen könnten. Bei dem Protest gegen die Verpachtung der Magdalena- und des näheren Hinterlandes an ein japanisches Syndikat ließ der Prä-sident Taft der mexikanischen Regierung gegenüber die militärisch-politische Befürchtung hervorheben, daß das Syndikat im Ein-verständnis mit der Taft-Regierung handle, welche an Mexikos Westküste eine Flottenstation anlegen wolle.

Bekanntlich hat ein britisches Syndikat, an dessen Spitze der Lord Murray steht, mit der Regierung Colombias einen Präli-minarvertrag abgeschlossen, demzufolge es die Konzession zur aus-schließlichen Petroleumgewinnung, zum Bau von Eisenbahnen und zur Errichtung von Docks erhalten sollte. Angesichts der Erbitterung, welche in Colombia seit der Vorerklärung Panamas gegen die Panlees herrscht, hätte das colombianische Parlament dem Vertrag sicherlich seine Zustimmung erteilt, wenn die Engländer nicht in-zwischen auf die Konzession verzichtet hätten. Da dieser Verzicht auf die Proteste der Washingtoner Regierung zurückzuführen ist, mag dahingestellt bleiben. Jedenfalls hat sich die Regierung der Vereinigten Staaten zum Sprachrohr der Wall Street gemacht und unter Berufung auf die Monroe-Doktrin offiziöse Drohungen an die Adresse Colombias gerichtet. Mit andern Worten: Washington hat im speziellen Falle der Monroe-Doktrin eine wirtschaftliche Deutung gegeben, um das „Recht“ auf die Ausplünderung der sogen. lateinisch-amerikanischen Republiken ausschließlich für „unser“ Kapital in Anspruch zu nehmen.

Es bleibt aber keineswegs bei der Verknüpfung der neuen Monroe-Doktrin. Diese wird, darüber hat der Präsident Wilson am 9. Dezember beim Empfang der Mitglieder der Senats- (Oberhaus-) Kommission für auswärtige Angelegenheiten keinen Zweifel ge-lassen, auch in die Tat umgesetzt, sobald die mexikanische Frage erledigt ist. Von der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung der Vereinigten Staaten wurde diese jüngste Ankündigung des Prä-sidenten Wilson ruhig hingenommen, obwohl sich im Juli d. J. beim Bekanntwerden des zwischen den Regierungen Nicaraguas und der Vereinigten Staaten vereinbarten Vertrags lebhafter Widerspruch erhob und auch die Senatskommission für auswärtige Angelegen-heiten sich gegen das eine neue Auslandspolitik einleitende Ab-kommen aussprach. Seitdem haben die Gesandten Costa Rica, Salvadors und der seit zwei Jahren mit einem nordamerikanischen Finanzprotektorat „beglückten“ Republik Honduras in Washington in aller Form gegen den förmlichen Abschluß des Vertrags Ver-

Eine Glanzleistung

ist der grosse

Inventur-Ausverkauf

Marie Kramer

Leipzig, Hainstrasse Nr. 7, nahe am Markt

Table with columns for clothing items and prices. Items include Ulstermäntel, Kostüme, Astrachan-Mäntel, Samt-Mäntel, Sealplusch-Mäntel, Tausende Blusen, Garnierte Kleider. Prices range from 4.- to 102.-.